

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/15

Hannover, 4. Februar 1948

Föderalismus und Egoismus

Punkt 6 der Richtlinien des Parteivorstandes der SPD zur Politik im Wirtschafts- und Länderrat: "Die SPD unterstreicht, dass es Aufgaben gibt, die von höherer Ebene als der Länderbasis durchgeführt werden müssen, und dass es nicht Aufgabe der SPD ist, föderalistische Tendenzen zu fördern."

sp. Zu den Begriffen, die im täglichen Gebrauch sich durch eine gewisse Verschleierung abgenutzt haben, gehört das Wort Föderalismus, das trotz aller tiefgründigen Erörterungen in seiner Undurchsichtigkeit und Vieldeutigkeit mancherlei Bestrebungen Unterschlupf gewährt hat, die wir lieber aus unserem politischen Leben verbannt gesehen hätten.

Man kann das kommende Deutschland stärker auf eine Zentralgewalt ausgerichtet erhoffen oder ihm eine absolute bundesstaatliche Grundlage mit nur nebensächlicher zentraler "Betreuung" wünschen, das sind letztlich Angelegenheiten der subjektiven Betrachtungsweise oder der politischen Zweckmässigkeit. Man wird dabei die Erfahrungen und Lehren der Vorgängerzeit von Bismarck bis Hitler sorgsam auswerten müssen und dabei wohl auch einen Blick auf ähnlich geartete Entwicklungen des Auslandes werfen. Was sich heute aber in Deutschland häufiger unter dem schützenden Deckmantel des Föderalismus versteckt, ist nicht mehr und nicht weniger als eine ungeschickte Tarnung des krassesten Egoismus.

Die Entscheidung über das sehr stark gefühlsbetonte Thema der Einheit Deutschlands ist - darüber ist sich wohl jeder klar - in erster Linie von der Entscheidung der Besatzungsmächte abhängig, die jede ihnen gefährlich erscheinende Zusammenballung der Staatsgewalt zu verhindern wissen werden. Aber selbst bei einer Vierzonenvereinigung, die in der heutigen Situation nur als Utopie erscheinen kann, wäre das Problem nur zu einem geringen Teil gelöst, da es sich nicht allein um eine politische, sondern auch um eine geistige Frage handelt.

Ein starrer Föderalismus führt geistig in die Enge, wir aber wollen die Weite, die Freiheit und Verantwortung in sich trägt. Freiester kultureller, wirtschaftlicher und politischer Austausch über alle zonalen und sonstigen Grenzen hinaus, das ist eine Aufgabe, die äusserster Anstrengung wert ist. Wir haben die Schädlichkeit aller Grenzen zwischen den Nationen erkannt und verzichten auf Grenzen (seien sie auch nur geistiger Art) in Deutschland. Wenn wir heute die zukünftige Einheit Deutschlands sehen, so denken wir nicht an Deutschland allein, sondern an Europa. Man dient aber der europäischen Verständigung schlecht, wenn man im engen Kirchdorf mit einem übersteigerten Föderalismus operiert, der allzu leicht zu egoistischem Separatismus wird, eine gewisse Abschliessung schon gegen den deutschen Mitmenschen bedingt, wo europäische Aufgeschlossenheit notwendigstes Gebot ist.

Föderalistische Tendenzen fördern das gefährliche Auseinanderleben der Deutschen. Es ist partikuläristische Anmassung und nicht Föderalismus, wenn man der Not des Mitmenschen nur das eigene Interesse entgegengesetzt. Leider ist die Tatsache nicht zu übersehen, dass man besonders föderalistisch dort im deutschen Vaterlande ist, wo der Krieg die relativ geringsten Spuren hinterlassen hat und der Lastenausgleich sollte sich nach dem Geschmack dieser Leute nicht nur sachlich, sondern auch räumlich in möglichst engen Grenzen halten.

Eifersüchtiger Egoismus der Länder ist ein schlechter Baumeister in einem zerstörten Deutschland! Der Rückmarsch in die Kleinstaaterei des ausgehenden Mittelalters ist kein politisches Ideal, er wäre auch wirtschaftlich ein Widerspruch. (b/B14a/22/2/he)

Entnazifizierung in Brandenburg

In den landeseigenen Betrieben des "Brandenburgischen Bergbau" wird auf besonders originelle, volksdemokratische Art entnazifiziert. Gemäss Befehl 201 der russischen Besatzungsmacht sind jetzt alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen generell zu entnazifizieren, wenn ihnen nicht irgendwelche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder ähnliches nachgewiesen werden können. Die Entnazifizierungskommissionen müssen alle Arbeiter und Angestellten in den Betrieben durch die neue Entnazifizierungsmühle schleusen. In der Praxis geht das so vor sich, dass beispielsweise unter dem Vorsitz eines Herrn Wollny (SED) an die vor der Kommission Erscheinenden unterschiedslos die nachfolgenden Suggestivfragen gerichtet werden:

"Was denken Sie von der Roten Armee?" - "Wie stehen Sie zur Roten Armee?" - "Glauben Sie, dass die Russen Lebensmittel aus der Zone ausführen?" - "Wie denken Sie über die landeseigenen Betriebe, glauben Sie, dass diese mit Verlust arbeiten?"

Wer diese Fragen wahrheitsgemäss beantwortet, kann nicht entnazifiziert werden. Interessant ist bei der Fragestellung ausser den Themen an solchen noch die Formulierung "Glauben Sie...", statt "Was wissen Sie über..". (b/B13/22/2/he)

Westdeutschland und Westeuropa

S. Aufhäuser, New York, Anfang Februar

In den Kongressdebatten über den Marshall-Plan, der im US-Budget für 1948/49 von wesentlicher Bedeutung ist, waren die finanziellen Erwägungen so breit gehalten, dass die grosse amerikanische Presse über die politischen Gegensätze zur Europahilfe nur sehr spärlich berichtete. Die Demokraten und auch ein Teil der Republikaner, darunter Senator Arthur H. Vandenberg, John Foster Dulles u.ä. setzten sich für die Regierungsvorlage zum Marshall-Plan ein und es muss Verwunderung erregen, dass gerade der frühere Präsident Herbert Hoover, der sich um die praktische Europahilfe nach dem ersten und zweiten Weltkrieg die grössten Verdienste erworben hat, entscheidende Abänderungen des vorgelagten Marshall-Planes verlangte. Aber Hoovers Opposition war gewiss nicht nur von fiskalischen Sparsamkeitsgründen diktiert. Wie der "Christian Science Monitor", Boston, als die einzige grosse Zeitung mitteilte, drehte sich bei diesem politischen Streit in Wirklichkeit alles um die eine Frage, ob die amerikanische Europa-Politik von der Idee eines neuen Westeuropas getragen werde oder von der Idee eines neu besetzten Deutschland in diesem Westblock. Im ersten Falle würden Frankreich und England das wirtschaftliche Widerstandszentrum gegen den östlichen Absturz bilden. Im andern Falle wäre das industriell rekonstruierte Westdeutschland der westliche Stützpunkt gegen russische Expansion und kommunistische Zersetzung. Vom fiskalischen Standpunkt sei die Restaurierung der westdeutschen Wirtschaft billiger, als die Finanzierung eines Wiederaufbaus von ganz Westeuropa, eine Erwägung, die zur Beispiel in der Haltung des republikanischen Führers Senator Robert A. Taft zum Ausdruck kam. Für Hoover war die ökonomische Nützlichkeit ausschlaggebend. Er vertrat eine von der Regierungsvorlage abweichende Meinung hinsichtlich der Verteilung der amerikanischen Hilfsmittel. England und Frankreich sollen danach ausreichende Mittel zur Linderung der Not empfangen, dagegen hätten sie ihre Erfordernisse an neuer industrieller Ausrüstung aus einer gesteigerten Produktion selbst zu schaffen. Die notwendigen Mittel zur Ankurbelung sollten diesen Ländern von der Export-Import Bank geliehen werden. Nach dem Hooverschen Verteilungsplan für die amerikanische Hilfe sollen künftig Japan und Deutschland neben den 16 Ländern der Pariser Konferenz unmittelbar mit einbezogen werden. In seinem Brief an Vandenberg, dem Vorsitzenden des Aussenpolitischen Senatsausschusses, sagt Hoover: "...die Wiedereröffnung von Deutschlands und Japans industriellen Betrieben ist nicht nur zur Materialversorgung in Europa und Asien notwendig, sondern die Situation ist gegenwärtig die einer charitativen Lebensmittelhilfe bis zu anderthalb Milliarden Dollar, um diese Völker durch USA am Leben zu erhalten. Mit der Wiederherstellung ihrer Produktion und Exporte könnte diese Summe benutzt werden, um Tausende brachliegender Betriebe und arbeitsloser Menschen wieder produktiv zu machen.... Die 16 Nationen sollten zustimmen, in beiden Ländern die Abmontierung zu beenden und das Industrieniveau zu erhöhen."

Mit Bevin's Erklärung zur Schaffung einer West-Europa-Union hatte der USA-Kongress eine starke Ermutigung zur unveränderten Annahme des Marshall-Planes erfahren. Wenn Europa gesunden soll, dürften indes die Konzeptionen von Bevin und Hoover nicht länger eine Antithese bilden. Die Lösung, wie sie schon früher hätte gefunden werden müssen, kann nur sein, dass die Besatzungszonen der Amerikaner, Engländer und Franzosen in Deutschland gleichberechtigt in den Marshall-Konzern der 16 Nationen einbezogen werden. Westeuropa und Westdeutschland müssen ihre Wirtschaftskräfte vereinigen, um den Marshall-Plan zur reibungslosen und vollen Auswirkung bringen zu können. Die regionale Gruppe von Westeuropa wäre, wenn sie Deutschland umfasst, ein wirksames Instrument des Friedens. (b/42/22/2/he)

Holland begrüsst den Westbund

v.S. Amsterdam, Anfang Februar

Wie seine beiden Nachbarländer hat auch Holland immer wieder betont, dass es sich nicht in einen Block hineinmanövrieren lassen würde, da die kleinen Staaten die Folgen einer solchen Politik erfahrungsgemäss nur zu schnell am eigenen Leibe zu spüren bekämen. Die ängstlich gehütete Neutralität schien deshalb der einzige Ausweg zu sein, vor allem, weil man im Falle einer Gefahr nicht auf Hilfe von ausserhalb rechnen durfte. Durch den Plan eines Zusammenschlusses von Westeuropa erscheint jedoch die Lage von Grund auf verändert. Zwar glauben weder Holland noch seine Nachbarländer an eine unmittelbar drohende Gefahr. Die Gewissheit jedoch, in Zukunft auf auswärtige Hilfe rechnen zu können, trägt zu einem Gefühl der Sicherheit und damit zu einer Stärkung der innen- und aussenpolitischen Stellung bei.

In offiziellen Kreisen in den Haag sind Bevin's Vorschläge, wie nicht anders zu erwarten war, mit Sympathie zur Kenntnis genommen worden. Verständlicherweise will man sich jedoch zu den bedeutsamen Plänen nicht äussern, bevor sie einer eingehenden Prüfung durch die holländische und auch einer gemeinsamen Beurteilung durch die Regierungen der drei Länder unterzogen sind. Es wird allerdings schon jetzt zu verstehen gegeben, dass die Vorschläge nur als ein Angebot an ganz Westeuropa aufgefasst werden könnten, wobei man ausdrücklich bemerkt, dass die in der Bevin-Rede nicht weiter erörterte deutsche Frage bei einem Zusammenschluss der westeuropäischen Länder in keinem Falle überschritten werden dürfe. Und gerade in dieser Frage sei, wie man erklärt, eine Verständigung zwischen den Benelux-Staaten unvermeidlich. Besonders Interesse hat schliesslich die Erklärung Bevin's über den Plan, auch die überseeischen Gebietsteile in die Organisation von Westeuropa einzubeziehen, hervorgerufen.

Auch die holländische Presse begrüsst, mit Ausnahme der kommunistischen "Waarheid", den Plan des westeuropäischen Zusammenschlusses und erinnert daran, dass dieser Plan schon während des Krieges (damals als Sicherung gegen eine neue Bedrohung von deutscher Seite gedacht) entstanden ist und geilligt wurde, als noch kein Gedanke an eine russische

Gefahr bestand. Heute sei er eine logische Folge der durch die missglückte Londoner Konferenz entstandenen politischen und strategischen Entwicklung. "Auch die sozialistischen Parteien in Westeuropa, die fast überall die Regierungsverantwortung tragen, werden", so meint der katholische "Volkskrant", "in einem Verband der friedliebenden Staaten nicht mehr als eine unerlaubte Blockbildung ansehen."

"Wir wollen nicht in der Wüste bleiben und treiben keine Vogelstrausspolitik", schreibt "Het Vrije Volk", das Organ der zur Regierungskoalition gehörenden (sozialistischen) "Partei der Arbeit". Das dürfte die Schaffung von Benelux, der erste zaghafte Anstoss zur Organisation von Europa, bewiesen haben. Wenn wir daher aufgefordert werden, an einer Reorganisation von Westeuropa in grossem Massstab und wenn möglich von ganz Europa einschliesslich der überseeischen Gebietsteile von England, Holland und Belgien teilzunehmen, um uns damit das Mitbestimmungsrecht bei der Lösung der deutschen Frage zu erwerben, sind wir bereit!" Und das ebenfalls der "Partei der Arbeit" nahestehende Blatt "Het Parool" fügt hinzu: "Der Zusammenschluss des Westens kommt keinen Augenblick zu früh. Seinerzeit hat sich der Westen von Hitler einschüchtern und zur Passivität verurteilen lassen, als entschlossenes Handeln den Frieden noch hätte retten können. (b/AS1/22/2/ae)

Offizielle Gesinnungsschnüffelei

Die kürzliche Interzonale Studententagung in Berlin endete mit einer auch von den Ostzonen-Vertretern angenommenen Erklärung, welche "grösste Wachsamkeit" gegenüber Einflüssen und Entwicklungen fordert, welche "nicht unserem Wesen und unserer Geschichte entsprechen."

Die Verhandlungstage selbst waren mehrfach beweiskräftig dafür, was unter dieser Warnung zu verstehen ist. Neben den ordnungsgemäss von den Ostzonen-Universitäten Delegierten fanden sich noch "besondere" Delegierte ein, deren Mandat von der "Zentralverwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone" direkt hergeleitet wurde. Allen Protesten entgegen bestand die Zentralverwaltung darauf, dass auch diese "besonderen" Delegierten teilnahme- und stimmberechtigt erklärt wurden.

Diese "besonderen" Delegierten hatten den besonderen Auftrag, die ordnungsgemässen Delegierten zu überwachen. Das wurde offensichtlich, als einer der Ostzonendelegierten den Antrag, "auch die Besatzungsmächte frei zu kritisieren", mit der Begründung ablehnte, eine Kritik an der Hochschulpolitik der Besatzungsmächte sei für einen Ostzonenvertreter nicht möglich. Der "besondere" Delegierte der Zentralverwaltung machte sich sogleich entsprechende Notizen, was eine allgemeine Entrüstung auslöste.

Noch offener wurde diese Bespitzelung anlässlich des Empfangs im "Klub der Kulturschaffenden". An jedem Tisch sass ein Beauftragter der Zentralverwaltung, und der Kulturbund hatte zusätzlich für Aushorcher Sorge getragen, zu welchem Denunziantendienst sich auch namhafte Schriftsteller bereitwilligst hergaben. Mehrfach konnte beobachtet werden, wie die Aufpasser des Kulturbundes an den Tischen mit den "besonderen" Delegierten der Zentralverwaltung in Bezug auf bestimmte Studentenvertreter Abreden trafen und wie die "Beobachtungsergebnisse" dann an andere Beauftragte der Zentralverwaltung weitergeleitet wurden.

4. Februar 1948

Antifaschisten als Sklavenarbeiter in der CSR

Wenzel Jacks, Eugen de Witté und Franz Katz, die massgebenden Funktionäre der früheren Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei, seit 1938 in London wirkend, wenden sich mit einer Mitteilung an die internationale sozialistische Öffentlichkeit, der wir u.a. folgenden Sachverhalt entnehmen:

In einer offiziellen Mitteilung des Prager Innenministeriums über Sprengstoff- und Waffenfunde in der CSR wird behauptet, dass es sich um deutsche, während des Krieges angelegte Depots handele, die im Falle einer Niederlage Hitler-Deutschlands zur späteren Zerstörung tschechischer Verkehrs- und Industrieanlagen dienen sollten. Mit diesem Bericht verband das Prager Innenministerium folgende wörtliche Beschuldigung: "Berichte von der Tätigkeit sudetendeutscher Gruppen, die aus der CSR ausgebürgert wurden, insbesondere der sudetendeutschen sozialdemokratischen Bewegung unter Führung von Wenzel Jacks lassen darauf schließen, dass diese Waffen- und Sprengstofflager den Sudetendeutschen bekannt waren und im Rahmen einer Aggression gegen die CSR vorgesehen wurden."

Hierzu erklären die eingangs erwähnten Politiker:

"Die Öffentlichkeit möge wissen, dass solche groteske Behauptungen nur dem Zweck dienen, die im Gange befindlichen Deportationen in das Innere der CSR zu tarnen. In der CSR von heute leben noch einige hunderttausend deutscher Arbeiter ohne Menschen- und Bürgerrechte. Sie werden nunmehr enteignet und mit 70 kg Gepäck in das Landesinnere deportiert, wo sie den Bauern als billige Arbeitssklaven vermietet werden. So verfährt man nahezu drei Jahre nach dem Waffenstillstand mit Menschen, die ihr ganzes Leben der Arbeiterbewegung gedient haben und die vor und nach der "Entscheidung von München" holdenmütig das Los des tschechischen Volkes geteilt haben. Heute vegetieren sie als Arbeitssklaven bei tschechischen Bauern. Sie müssen bis zu 15 Stunden täglich arbeiten und gehen an Unterernährung langsam zu Grunde."

Wir rufen die sozialistische und freigewerkschaftliche Öffentlichkeit der Welt zum Protest gegen diese Pervertierung der alten Ideale der europäischen Arbeiterbewegung durch den kommunistischen Innenminister Vaclav Nosek in Prag auf."

"Schickt Fett nach Deutschland!"

Ein Zufall wollte es, dass die Kürzung der Fettportionen in den beiden Westzonen zeitlich mit der Ankündigung des englischen Ernährungsministers Strachey zusammenfiel, dass in England die Fettportionen wöchentlich von sieben auf acht Unzen, das heisst von 196 auf 224 Gramm, erhöht werden. In einem Brief an die "Times" haben jetzt namhafte englische Persönlichkeiten, wie Lord Beveridge, Lady Violet Bham-Carter, Dr. Sidney M. Berry, der Abgeordnete Michael Foot und Professor Gilbert Murray, Protest dagegen erhoben, dass in England die Fettportionen erhöht werden, während in Westdeutschland die Bevölkerung wochenlang ohne Fett leben muss. "Millionen von Deutschen unter unserer Obhut haben wochenlang überhaupt kein Fett gesehen und leben von ein wenig schwarzem Brot, Nahrungsmitteln und Zucker. Weiss man, dass mit der zusätzlichen Unze Fett, die wir jetzt erhalten, praktisch, wenn sie nach Deutschland geschickt würde, die ganze offizielle, in weitem Masse aber nicht existierende Fettzuteilung befriedigt werden könnte?" (m/B65/42/2/he)